

STÄDTEBAULICHE STELLUNGNAHME

**zum Antrag auf Förderung selbst genutzten Wohneigentums in Innenstädten
Auskunft* der amtsfreien Gemeinde/des Amtes für Gemeinde (Nichtzutreffendes streichen)**

Bauvorhaben

Bauherrschaft/Erwerber/in	Straße/Haus-Nr.
PLZ/Ort	ggf. Ortsteil
Kreisverwaltung	
Angaben zum Grundbuch: Gemarkung	Flur
Flurstück	

Das Bauvorhaben befindet sich in einem

- förmlich festgelegten innerstädtischen Sanierungsgebiet i. S. d. § 142 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- förmlich festgelegten innerstädtischen städtebaulichen Entwicklungsbereich i. S. d. § 165 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) bestätigten innerstädtischen Vorranggebiet Wohnen in einem/einer

- regionalen Wachstumskern (RWK)

- Mittelzentrum gemäß der zentralörtlichen Gliederung des Landes Brandenburg

- sonstigen Stadt

Ein Selbstbindungsbeschluss der Stadt/Gemeinde zu dem definierten Vorranggebiet Wohnen liegt vor.

Gebietsname _____ Beschluss vom _____

Das Bauvorhaben ist/liegt

- im Bestand

- ein Neubau

- ein Baudenkmal

- Denkmalbereich

Die Erschließung ist

- gesichert

- nicht gesichert

- voraussichtlich ab _____ gesichert.
Monat/Jahr

Es sind bodenarchäologische Maßnahmen zu erwarten

- ja

- nein

- Das Bauvorhaben entspricht den Zielen der Sanierung bzw. Stadtentwicklung.

- Das Bauvorhaben ergibt sich schlüssig aus den strategischen und konzeptionellen Aussagen des INSEK bzw. den Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategien.

- Die Stadt/Gemeinde setzt(e) für das Bauvorhaben Städtebauförderungsmittel ein.

Zuwendungsgegenstand und Richtlinie: _____

Höhe der Zuwendung einschl.

kommunalen Miteleistungsanteils: _____ (Voraussichtliches) Jahr der Zuwendung: _____

Wenn zutreffend, bitte eine Kopie der städtebaulichen Stellungnahme der Städtebauförderung dieser Auskunft beifügen.

- Die städtebauliche Einordnung ist zwischen Bauherrschaft/Erwerber/in und Stadt/Gemeinde noch weiter abzustimmen.
Ein aussagekräftiger Lageplan mit Kennzeichnung der Grundstückslage i. d. Stadt/Gemeinde ist der Auskunft beigelegt.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift

* Eine falsche Auskunft löst u. U. Amtshaftungsansprüche aus.